

Calmer Tagblatt

Nr. 131

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 225 Mt., Familienanzeigen 150 Mt., Reklamen 600 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9

Freitag, den 8. Juni 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 4200 Mt. monatlich, Postbezugspreis 4200 Mt. ohne Beleggeb. Einzelnummer 300 Mt. Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Das neue deutsche Angebot an die Alliierten. Garantie durch die Reichseisenbahnen, die Zölle und die deutsche Wirtschaft. Das Reparationsproblem. Die deutschen Vorschläge.

Berlin, 7. Juni. Wie bekannt, sind der Reichsregierung auf ihre Note vom 2. Mai von den alliierten Regierungen verschiedene Antworten zugegangen. Um alles zu vermeiden, was die Fortsetzung des Gedankenaustausches erschweren könnte, hat die Reichsregierung sich in ihrer Rückäußerung auf die Punkte beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam sind. Demgemäß ist heute den Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio zur Erläuterung und Ergänzung der Note vom 2. Mai folgendes Memorandum übermittelt worden:

1. Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln und das Problem seiner wirklichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie nur, um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprechen wollte, als nach ihrer Ueberzeugung das deutsche Volk bei Anspannung aller Kräfte zu halten imstande ist. Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwer ist, zu einer sicheren Schätzung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung sich erboten, die Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Ein stärkerer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar. Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Anfordern vollen Einblick in die staatliche Finanzgebarung gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

2. Die deutsche Regierung hatte die Ausgabe großer Anleihen in Aussicht genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß anstelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen tritt.

3. Da die alliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefaßten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die deutsche Regierung folgende Garantien für die Durchführung des endgültigen Reparationsplanes vor: A) Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonstigen Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erstellbares Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 ab mit 5 Prozent verzinslich sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen. B) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Garantie heranziehen, die als erstellbares Pfandrecht in Höhe von 10 Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erfassenden Steuer oder unmittelbar von den belastenden Objekten aufgebracht. C) Außerdem werden die Zölle auf Genussmittel und die Verbrauchssteuer auf Tabak, Bier, Wein und Zucker, sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen verpfändet. Der Rohertrag dieser Zölle und Verbrauchsabgaben, der sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen Mark belief, ist zwar seitdem infolge des Verlustes an Land und Volk und infolge des verminderten Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurückgegangen. Mit der Gesundung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

4. Zum Schluß glaubt die deutsche Regierung folgendes betonen zu müssen: In einer so großen und so verwickelten Frage können entscheidende Fortschritte nicht durch schriftliche Darlegungen, sondern nur durch mündlichen Gedankenaustausch am Verhandlungstisch erzielt werden. Deutschlands Zahlungsvermögen hängt von der Art der Lösung des Gesamtproblems ab. Die Zahlungsmethode kann nur in unmittelbarer Aussprache mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Festlegung der Garantien in ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Garantien dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig. Deutschland erkennt seine Verpflichtungen zur Reparation an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr Ersuchen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtungen zu vereinbaren.

Die Berliner Presse zum Inhalt des Angebots.

Berlin, 8. Juni. Das deutsche Memorandum findet, abgesehen von einigen Bedenken, die deutschnationale Zeitungen zum Ausdruck bringen, die Zustimmung der gesamten Berliner Presse. Die „Deutsche Tageszeitung“ hebt hervor, daß es sich bei dem Memorandum nur um eine Erläuterung und Ergänzung der am 2. Mai den gleichen Mächten zugestellten Note handelte. Es werde also alles aufrechterhalten, was in jener Note über den deutschen Abwehrwillen gegen französische Gewalttaten und Rechtsbrüche gesagt oder angedeutet worden sei. — Der „Berl. Lokalanzeiger“ betont, daß die deutsche Regierung mit dem gestrigen Memorandum das Menschenmögliche getan habe, um selbst auf die Gefahr neuer schwerer Erschütterungen im Innern hin, der gegen Deutschland angewandten Gewaltpolitik endlich den Boden zu entziehen. Sollte auch dieser äußerste Versuch scheitern, so werde die Verantwortung für alle dann unausbleiblichen Folgen jedenfalls nicht auf Deutschland zu wälzen sein. — Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ erklärt, daß man vom deutschen Standpunkt aus dem Memorandum der deutschen Regierung zustimmen könne. Das deutsche Volk werde dem Kabinett Cuno Dank wissen, daß es in letzter Stunde zu seinen in der Mainote ausgesprochenen Worten gestanden habe. — Das „Berl. Tageblatt“ unterstreicht die nächsterne und geschäftsmäßig klare Formulierung der neuen deutschen Note, die zweifellos eine geeignete Grundlage für die endgültige Regelung der Reparationsfrage bilde. Einen stärkeren Beweis für ihren Reparationswillen habe die deutsche Regierung nicht geben können als dadurch, daß sie sich bereit zeige, einer unparteiischen internationalen Instanz bezüglich der Höhe und der Art der Reparationszahlungen sich zu unterwerfen und sich bereit erkläre, alle Unterlagen zur zuverlässigen Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen und den internationalen Sachverständigen volle Einsicht in die staatliche Finanzgebarung zu gewähren. — Der „Vorwärts“ hebt hervor, daß das, was das deutsche Memorandum zu Punkt 4 erkläre, so vernünftig und unanfechtbar sei, daß nur schlimmste Böswilligkeit ihm widersprechen könne. Es müsse verhandelt werden. Wer nicht verhandeln wolle, setze sich ins Unrecht, denn die Gegenstände seien nicht mehr so groß, daß man meinen dürfe, der Versuch zu ihrer Ueberbrückung müsse auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Der Eingang der Note in Paris.

Paris, 8. Juni. Das deutsche Memorandum, das zur Erläuterung der deutschen Note vom 2. Mai dient, wurde gestern Nachmittag kurz nach 5 Uhr im französischen Ministerium des Äußeren überreicht.

Innerpolitische Krisis in Frankreich?

Paris, 7. Juni. Der Abg. Ibarnegaray hat eine Interpellation über die Politik der Regierung eingebracht. Insbesondere verlangt er eine Erklärung über den Standpunkt, den die Regierung in dem Kampf zwischen dem Block der Linken und dem nationalen Block einzunehmen gedenkt. Der Abgeordnete gehört dem Kern des nationalen Blocks, der Gruppe der republikanisch-demokratischen Elemente, an.

Die angebliche Stimmung in England.

Paris, 7. Juni. Der Sonderberichterstatter der „Information“ in Brüssel meldet, er habe vorgestern den Leiter des Solvay-In-

Neueste Nachrichten.

Das neue deutsche Angebot ist nun den Alliierten übergeben worden. Es stellt nochmals die Bereitwilligkeit und Anerkennung der Verpflichtung zu Reparationen fest, erweitert dann aber namentlich die Erklärungen über die etwaigen Garantien für eine internationale Anleihe. Danach soll der Ertrag der Eisenbahnen und bestimmter Zölle verpfändet werden, außerdem die Wirtschafts- und besitzenden Kreise zu einer weiteren Garantie herangezogen werden. Es wird aber betont, daß schriftliche Darlegungen zu keinem Fortschritt führen könnten, und daß die deutsche Regierung deshalb mündliche Aussprache vorschlägt. Auf die Frage der Ruhrbesetzung und des passiven Widerstands wird nicht eingegangen.

Wenn man nun allerdings das offizielle Exposé der französisch-belgischen Verhandlungen liest, so wäre das deutsche Angebot von vornherein erledigt, denn nach den in Brüssel zustande gekommenen Beschlüssen will man mit Deutschland überhaupt nicht in Verhandlungen eintreten, wenn nicht der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufgegeben wird. Allerdings ist aus den Pressestimmen zu entnehmen, daß Belgien seine Zustimmung zu den Beschlüssen nur unter der Bedingung gegeben hat, daß die Antwort auf das deutsche Angebot nicht wieder einzeln, sondern von allen Alliierten gegeben wird. Es scheint dabei die Hoffnung durchzubilden, daß England und Italien die französische Gewaltpolitik etwas zu mäßigen vermöchten. Zu Zwecken der Erteilung der Antwort sollen Vorbereitungen unter den Alliierten stattfinden.

Jedenfalls aber sprechen alle Anzeichen dafür, daß Frankreich nochmals die ganze Brutalität und Gemeinheit des französischen Nationalcharakters aufbieten wird, um Deutschland völlig auf die Knie zu zwingen. In der französischen Rechtspresse wird nur von der Kapitulation Deutschlands gesprochen; und die Linkspresse befürchtet, daß man gerade die Frage der Ruhrbesetzung als Preisfrage behandeln werde, wodurch von Anfang an eine Verständigung erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werde. Andererseits aber gärt es anscheinend im Inneren Frankreichs ganz gehörig und wenn in Deutschland eine geschickte Führung nicht nur der Regierung, sondern auch der Parteien und sonstigen verantwortlichen Faktoren die stetig zunehmende Stimmung gegen das Gewaltssystem Poincarés auszunützen versteht durch ruhige, gemäßigte Haltung, dann wird dieser Massenmörder Europas doch eines Tages den Schauplatz seiner Greuelthaten verlassen müssen.

stituts, Barnich, gesprochen. Dieser habe ihm versichert, daß die höchstgestellten englischen Persönlichkeiten zu großen Opfern zur Streichung der interalliierten Schulden und zur Ermäßigung des englischen Anteils an den deutschen Reparationen bereit seien, um der Reparationsfrage ein Ende zu machen, und daß in dieser Beziehung der neue Premierminister die Zustimmung Lord Robert Cecil, Mac Kennas, Sir John Bradburys und der meisten Liberalen und Mitglieder der Arbeiterpartei hätte, die stets mehr als die Konservativen für die Streichung der Schuld gewesen seien. Nach Ansicht von Barnich wäre ganz Großbritannien bereit, eine endgültige Regelung der Frage schon morgen beifällig aufzunehmen. Der Korrespondent schreibt den hier zum Ausdruck gebrachten neuen Dispositionen der englischen Regierung einen gewissen Einfluß auf die Brüsseler Ministerbesprechung zu. Es sei dementsprechend vereinbart worden, die belgische Regierung mit der Fortsetzung der Unterhandlungen in London zu beauftragen.

Erörterung der Reparationsfrage im englischen Unterhaus im Telegrammstil.

London, 8. Juni. Im Unterhaus fragte gestern Kennworthy die Regierung, ob diese mit der französischen, deutschen, italienischen, belgischen oder amerikanischen Regierung zwecks Erörterung der Regelung der deutschen Reparationsfrage in Verbindung stehe. Baldwin verneinte dies. Hierauf fragte Kennworthy: Ist das so aufzufassen, daß die Regierung sich in dieser Frage still verhält und überhaupt nichts tut? Baldwin erwiderte: Nein. Kennworthy fragte: Wenn wir uns nicht still verhalten, kann der Premierminister dann sagen, was wir tun? Baldwin antwortete: Ich glaube, Sie werden es bald sehen.

Bevorstehender Gedankenaustausch unter den Alliierten über die Note.

London, 8. Juni. Die deutsche Note ist gestern Mittag Lord Curzon durch den deutschen Botschafter überreicht worden. — Wie Reuter meldet, hält man sich in amtlichen

und 15 Ge
in 11 Ober
ner ist Bläs
tern, 14 Ge
schweinepest in
Rauschbrand
stellt worden.

waren 135
kaufte wurden
0 bis 860 000
n Markt 172
Preis für ein
art. — Dem
schweine zuge
380 000 bis
Ein Mutter-

inemarkt
führt. Erstere
00 M je das

Schweine-
25 mit Preis-
t. Die Vieh-
Ferkel betrug

in den Wästen- und
schäftlichen Verkehrs-

n n. Calw.
l. Calw.

au.

nzert

mittags 4 Uhr
or im Saale
Sänger-
wechrkapelle

ie Hälfte.

Freunde und
en 9. Juni

eier

avelstein

Rötenbach.

er,
Breitenberg.

lein.

n Calw.

erner:
hl,
hl.

amstags.
schäftsstelle.

1000 Liter

rholz.
ennjacht.

iano

1 älteres auch
er oder Flügel
sucht.

mit Preis unter
an die Geschäfts-
st.

Kreisen davon zurück, Erklärungen zur deutschen Note abzugeben. Die Lage wird als zu heikel angesehen, um zu gestalten, Eile zu zeigen oder schlecht überlegte Erklärungen abzugeben, bevor die Auffassungen bei den Alliierten bekannt sind. Das Kabinett wird die Note in einer auf einen möglichst nahen Zeitpunkt einzuberufenden Sitzung besprechen. Wie man erwartet, wird alsdann zwischen London, Paris, Brüssel und Rom ein Gedankenaustausch stattfinden, um über die von den Alliierten zu unternehmenden Schritte Beschluß zu fassen.

Weiteres aus den französisch-belgischen Verhandlungen.

Paris, 7. Juni. Ueber die unmittelbar auf die Befreiung des Ruhrgebiets bezüglichen französisch-belgischen Verhandlungen der gestrigen Konferenz in Brüssel meldet der dortige Korrespondent des „Temps“, General Degoutte habe einen langen, einigermaßen optimistischen Bericht eingebracht, wonach der Widerstand der Bevölkerung im Abnehmen begriffen sei. Wenn Berlin sie nicht mehr unterstütze, würde er rasch erlöschen. General Degoutte beurteilt die Lage nach den Anrufen im Ruhrgebiet als im ganzen zuversichtlich. Der französische und der belgische Oberkommissar in der Rheinlandkommission besielten, nach dem Korrespondenten, die Zukunft der deutschen Arbeiter, die im Dienst der Alliierten auf Grund der alliierten Besprechungen die Arbeit wieder aufgenommen hätten, stets im Auge. Die Oberkommissare seien beauftragt worden, die Garantien im einzelnen zu bestimmen, die nach der Kapitulation (!) Deutschlands in den Verhandlungen mit ihm festzulegen seien. Die Konferenz habe sich ferner bemüht, die Kennzeichen zu bestimmen, an Hand denen im gegebenen Augenblick die Loyalität der Berliner Regierung festgestellt werden solle, wenn sie sich Frankreich und Belgien beuge und die Einstellung des passiven Widerstands anordne. General Degoutte und die Oberkommissare Tirard und Kollain-Jacquenyne seien beauftragt worden, die Studien hierüber zu Ende zu führen. An technischen Fragen im engeren Sinne des Wortes, die gestern zur Sprache gekommen seien, zählt der Korrespondent auf: Räumung und Beschlagnahme der Kohlen- und Koksreserven, Kokszerzeugung und Kohlenförderung, auf die man nicht erst in ferner Zukunft, sondern bereits in einigen Monaten oder früher rechnen könne, ferner den Ertrag der Eisenbahnregie, die Fragen der Rechnungsführung und der Bestehungskosten der alliierten Betriebe.

Paris, 7. Juni. Dem „Journal“ wird aus Brüssel berichtet, die Folge der gestrigen Beschlüsse sei, daß in kurzer Zeit eine interalliierte Konferenz stattfinden werde, und zwar vielleicht in Döden. Die Initiative der Vorbereitungen falle Belgien zu. Der Umstand, daß es von seinen Kriegsschulden befreit sei, habe es in die besonders günstige Lage gebracht, die nötigen Vorbereitungen für eine interalliierte Aussprache zu treffen. Der Berichterstatter will wissen, daß im Laufe der technischen Beratungen von der Schaffung einer rheinischen Währung, die nicht mehr länger hinausgeschoben werden dürfe, gesprochen wurde. Man habe ferner beschloffen, die Besizer der ausgelagerten Koksereien aufzufordern, diese unverzüglich wieder in Brand zu setzen. Komme man dieser Anordnung nicht nach, dann werde die Konfiskation seines Vermögens angeordnet.

Die französische Gewaltpolitik.

Zur Erschießung eines 7jährigen Schülers durch einen französischen Soldaten.

Düsseldorf, 8. Juni. Der stellvert. Regierungspräsident von Düsseldorf hat dem Vater des Schülers Herbes ein warmempfundenes Beileidsschreiben übersandt und ihm rechtzeitig 500 000 Mark für die Beerdigungskosten überwiesen.

Berlin, 8. Juni. Aus dem Rheinland wird berichtet: Bezüglich der Erschießung des 7jährigen Schülers Herbes durch einen französischen Soldaten wird von französischer Seite eine Darstellung gegeben, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Hiernach soll der Soldat auf Posten gestanden und das Kind auf verbotenem Terrain sich aufgehalten haben und auf diesem abgesperrten Raum von dem französischen Soldaten erschossen worden sein. Demgegenüber ist festgestellt, daß der Soldat nicht auf Posten stand, sondern, nachdem er sich von dem Kinde geneckt glaubte, ein Gewehr von der Wand nahm, damit hantierte und dann schoß. Durch die französische Darstellung soll in der öffentlichen Meinung der Eindruck hervorgerufen werden, als ob der Soldat geglaubt habe, ein Recht zum Waffengebrauch zu haben. Diese Möglichkeit wird aber durch die Zeugenaussagen der mitbeteiligten Kinder und der sonstigen bei der Morbata anwesenden Zeugen widerlegt.

Die Kruppdirektoren im Gefängnis in Düsseldorf.

Essen, 8. Juni. Wie von unterrichteter Seite gemeldet wird, trifft die Nachricht, daß drei Direktoren der Kruppwerke in das Gefängnis von Landau gebracht worden seien, nicht zu. Sämtliche Herren befinden sich im Gefängnis in Düsseldorf.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Berlin, 7. Juni. Am 1. Juni erschienen auf der Reichs-Lantnebenstelle in Mettmann französische Gendarmen mit einem Zivilisten, der gebrochen deutsch sprach und erklärte, daß sie beauftragt seien, die der Stadt Mettmann auferlegte aber bisher noch nicht bezahlte Geldbuße von 1475 Dollars einzuziehen. In der Tageskasse befanden sich nur wenige hundert Mark. Darauf forderten sie den Bankvorstand auf, den Tresor zu öffnen und rissen ihm, als er sich weigerte, den Rock auf und untersuchten die Taschen, in welchen sich die Schlüssel befanden. Der Tresor wurde dann mit Hilfe der Schlüssel von den Franzosen selbst ge-

öffnet und in großen Säcken Scheine von 1000, 500 und 100 Mark im Gesamtwert von 77 Millionen 200 000 Mark weggeschleppt, die infolge der Post- und Eisenbahnsperre nicht hatten weggeführt werden können.

Die Zahl der in französischen Dienst übergetretenen Eisenbahner.

Berlin, 7. Juni. Entgegen übertriebenen Meldungen französischer Bätter über die Zahl der in den Dienst der französischen Eisenbahnregie im besetzten Gebiet eingetretenen deutschen Beamten und Arbeiter stellen die Blätter fest, daß bisher 40 bis 50 Beamte und etwa 2000 Arbeiter in den Dienst der französischen Eisenbahnregie getreten sind.

Deutschland.

Die gesetzlichen Feiertage.

Berlin, 7. Juni. Im Rechtsauschuß des Reichstags begründete die Reichsregierung den Gesetzentwurf über die Feier- und Gedenktag. Nach § 1 des Entwurfs soll der Verfassungstag, der 11. August, als Nationalfeiertag des deutschen Volkes gefeiert werden. Der Ausschuß nahm § 1 an. Auch § 2 wurde angenommen, der als Gedenktag für die Opfer des Krieges den sechsten Sonntag vor Ostern festsetzt. Nach § 3 werden ferner reichsgesetzlich als Feiertag anerkannt: Weihnachten, Neujahr, Ostern, Himmelfahrt und Pfingsten. Reichsminister des Innern, Defer, erklärte, Karfreitag und Fronleichnamstag sollten als reichsgesetzlich insoweit anerkannt und festgelegt sein, als sie nach dem gegenwärtigen System staatlich anerkannt seien. Das gleiche gelte hinsichtlich des Herbstbuktages und des Buktages am Mittwoch vor dem letzten Trinitatis-Sonntag. In der Abstimmung wurde der von der Reichsregierung eingeklagte Stichtag des 1. Januar 1923 abgelehnt und statt dessen der 11. August 1919 als Stichtag für die drei Feiertage: Bukttag, Fronleichnam und Karfreitag festgesetzt. Damit werden also diese Feiertage für den Fall, daß sie in einigen Ländern nach dem Inkrafttreten der Verfassung nicht mehr staatlich anerkannt worden sind, wieder reichsgesetzlich anerkannt.

Telegraphenarbeiterstreik in Berlin.

Berlin, 7. Juni. Bei den hiesigen Telegraphenbauämtern und dem Telegraphenzugamt ist gestern ein Teil der Telegraphenarbeiter in den Streik getreten ohne Zustimmung ihrer Organisation, des Deutschen Verkehrsverbundes. Die Telegraphenarbeiter fordern eine sofortige Wirtschaftsbeihilfe von 150 000 Mark und die Erhöhung der Monatslöhne um 100 Prozent, statt 66%, gegenüber dem Monat Mai. Der deutsche Verkehrsverbund billigt die Haltung der Telegraphenarbeiter umso weniger, als ein willkürlicher Bruch des Tarifvertrags vorliegt. In einer Urabstimmung, an der von 2100 Arbeitern 2016 teilgenommen haben, sprachen sich 1800 für den Streik aus. Nicht gestreift wird in einigen Vororten Berlins. Der Verkehrsverbund erkennt diesen Streik nicht an. Die Postverwaltung bezieht ihn als einen wilden Streik und behält sich vor, die Wiedereinstellung der Streikenden von dem künftigen Bedarf abhängig zu machen.

Zu den Unruhen in Leipzig.

Leipzig, 7. Juni. Das Polizeipräsidium teilt mit: In hiesige Krankenhäuser wurden gestern 51 Verwundete und ein Toter eingeliefert. Von den Verwundeten wurden 20 nach ambulanter Behandlung wieder entlassen. Von den 31 Zurückgebliebenen starben in der Nacht 3, darunter ein Polizeibeamter. Schwer verletzt sind etwa 6 bis 7 Personen.

Zur Ueberführung der Leiche Schlageters.

Elsfeld, 8. Juni. Die Leiche des von den Franzosen in Düsseldorf erschossenen Kaufmanns Schlageter ist auf dem Wege nach seiner Heimat gestern früh hier eingetroffen und in der Stadthalle aufgebahrt worden. Auf Veranlassung der Angehörigen und Freunde Schlageters wird heute Vormittag in der hiesigen Stadthalle eine Trauerfeierlichkeit stattfinden, alsdann wird die Leiche nach dem Hauptbahnhof übergeführt, von wo sie nach Schöna in Baden geleitet wird.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 8. Juni 1923.

Reden und Schweigen.

Ein altes Sprichwort sagt: „Schweigen ist Gold, Reden ist Silber.“ Es enthält dies sehr viel Wahres, und so manches Unglück wäre verhütet worden, hätte man darnach gehandelt. Doch nicht immer darf man sich nach dem Sprichwort richten, denn manchmal ist es umgekehrt; da ist „Reden Gold, Schweigen Silber“. Wie oft wäre ein Mißverständnis durch ein zu rechter Zeit gesprochenes Wort aufgeklärt, Menschen, die zu einander gehörten, nicht losgerissen, durch eine Warnung so manches Unglück verhütet worden. Doch man zog es vor, aus nichtigen Gründen, aus falscher Scham, Stolz oder Trotz zu schweigen und dann war es zu spät, oft eine Eripfenz zu Grunde gerichtet und ewige Reue die notwendige Folge.

Doch ist sehr häufig Schweigen mehr am Plage als Reden. Ein unbekanntes Wort ist leicht gesprochen, aber die Wirkung manchmal eine sehr ernste. Es sind schon dadurch Herzen gebrochen und Leben vernichtet worden. Irgend eine schlechte Rede wird weiter erzählt, ohne daß man sich von der Richtigkeit überzeugt hat, und treibt einen Unschuldrigen zur Verzweiflung, ja, oft zum Selbstmord. Manchmal ist es nur ein hoshafter Witz, der von Mund zu Mund geht und den Betroffenen der Lächerlichkeit preis gibt, und seinen guten Ruf untergräbt. Wie oft werden Versprechungen gegeben, die man gar nicht die Absicht hat, zu erfüllen, Schmeicheleien gesagt, die einem nicht von Herzen kommen. In allen diesen Fällen wäre wohl Schweigen Gold gewesen. Die Kunst ist es eben, sich unter keinen Umständen

davon abhalten zu lassen, zu rechter Zeit zu schweigen und zu rechter Zeit zu reden. Nachdruck verboten.

Wetter für Samstag und Sonntag.

Der Hochdruck im Westen dringt jetzt stärker vor, doch bleibt das Wetter bei westlichen Luftströmungen vorerst noch unbeständig. Am Samstag und Sonntag ist deshalb zwar vorwiegend trodenes und mehrfach heiteres, aber immer noch zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Sirgau, 7. Juni. Am nächsten Sonntag findet das Kur-eröffnungskonzert für unsern Luftort statt. Für die Veranstaltung ist der hier wohl bekannte „Sängertranz“ Weissenstein gewonnen, der schon im letzten Jahre durch seine prächtigen Männerchöre die Besucher erfreute. Und die Leistungen der Dillweissensteiner Feuerwehrtabelle sind ebenfalls noch in bester Erinnerung. Es steht also den Gästen ein genutzreicher Nachmittag in den in vollem Grün prangenden schönen Kuranlagen bevor. Bei Regenwetter findet die Veranstaltung im Gasthof zum „Röfle“ statt.

(S.C.B.) Nendingen, Olt. Tutzingen, 7. Juni. Der seit etwa 3 Wochen vermählte, 18 Jahre alte Karl Mattes von hier wurde in der Höhle im Urvental erschossen aufgefunden. Kurz vor seinem Weggang soll er geäußert haben, daß er sich in dieser Höhle erschließen werde.

(S.C.B.) Wangen i. A., 7. Juni. Aus einer Stallung in Walterey bei Rahenried wurden nachts zwei ältere Kühe gestohlen. Die Tiere sind aber während des Abtransports den Dieben ausgegriffen und in ihre Stallung zurückgeführt. Die Spur der Diebe führte nach Wangen. In der Nacht vom 4. auf 5. Juni wurde neuerdings ein Viehdiebstahl verübt, indem dem Landwirt Jech in Watt aus einer Unterkunftsstube bei Lochhammer eine Kuh und ein 1 jähriges Kind gestohlen wurden. Den Landjägers gelang es, beide Stücke, die in einer Stallung in Eglofs eingestallt worden waren, dem Besizer wieder zuzuführen, ehe sie weiterverkauft wurden. In beiden Fällen sind die Diebe unbekannt geblieben.

Amtsversammlung.

* Unter dem Vorsitz von Oberamtmann Gös fand am Mittwoch vormittag eine Amtsversammlung des Bezirks Calw statt. Als Hauptpunkt stand auf der Tagesordnung die Frage der Gewähr eines Zuschusses an die Stadtgemeinde Calw zum Bau eines Schulgebäudes für die höheren Schulen. Der Vorsitzende gab einleitend einen eingehenden Bericht über die vorbereitenden Verhandlungen des Bezirksrats mit den Vertretern der Stadt Calw über Art und Höhe des Beitrags. In Betracht kam unter anderem der Grad der Beteiligung der Schüler des Bezirks an den höheren Schulen. Aus dem (bereits mitgeteilten) Bericht des Rektorats ist zu entnehmen, daß in den letzten 11 Jahren von 2607 Schülern 1704 aus der Stadt Calw waren, 712 aus dem Bezirk, und 191 von angrenzenden Bezirksorten. Wie bekannt, bestand der Hauptgrund für die Erstellung des Neubaus in der Drohung der Ministerialabteilung für höhere Schulen, die gesundheitsschädlichen Klassen zu schließen. Als den gesundheitlichen Ansprüchen nicht entsprechend waren die Schulräume im Eisenhardtischen Gebäude und im Sprigenhaus bezeichnet worden. Auch der Mangel an Nebenräumlichkeiten für den wissenschaftlichen Unterricht, auf dem Gebiet der Physik, Chemie und Mathematik wurde als sehr störend empfunden. Der Redner erklärte sodann kurz den vorgezeichneten Bauplan. Der Bau soll nach dem Projekt von Architekt Hauser-Ludwigsburg hergestellt werden, und zwar soll vorerst nur der Mittelbau erstellt werden, mit 6 Schullokalen, den nötigen Nebengeräten, einem Lehrerzimmer, einer Schuldienerwohnung, einem Raum für den physikalischen Unterricht, und einer kleinen Schulbücherei. Die Frage des Anbaus der beiden Flügel sei der Zukunft zu überlassen. Der Bezirksrat hatte sich nun auf den Standpunkt gestellt, daß die Stadt als Bauherrin auftreten solle, während die Amtsförperschaft nur einen Beitrag zu den Kosten des Hochbaus leisten wolle. Auch die Einrichtung solle die Stadt auf ihre Kosten vornehmen müssen. Ebenso solle sie die künftige Unterhaltung selbst tragen. Bauplatz, Zufahrten, Gas-, Wasser- und Elektrizitätszuleitung seien ebenfalls Angelegenheiten der Stadt. Auch die nötigen Steine sollten aus dem städtischen Steinbruch unentgeltlich verwendet werden. Weiter habe die Stadt die Verpflichtung zu übernehmen, die Schüler des Bezirks, die das Realprogymnasium besuchen, bezüglich des Schulgedes und der Benützung von Einrichtungen der Schule nicht schlechter zu behandeln als die Schüler aus der Stadt Calw. Die Bauleitung solle durch eine besondere geeignete Persönlichkeit ausgeübt werden, da der Bezirksrat die Ansicht vertritt, daß der Bau nicht im Nebenamt geleitet werden könne. Zu den Arbeits- und Lieferungsvergebungen sollen nicht nur städtische Unternehmer und Handwerker herangezogen werden, sondern auch solche aus dem Bezirk und außerhalb des Bezirks. Entscheidend müsse die Höhe des Angebots sein. Bei Beurteilung des Beitrags mußten aber auch die Wünsche der Amtsförperschaft an die Stadt in Rechnung gestellt werden. Ein demnächst zur Verabschiedung gelangendes Gesetz sehe die Uebernahme der Lasten der Unterhaltung der landwirtschaftlichen Winterschulen auf die Amtsförperschaft vor. Hier muß nun also die Amtsförperschaft an Stelle der Stadt eintreten. Die Miete des jetzigen Lokals der Winterschule sei nicht möglich, denn das Gebäude der ehemals Dreißiger Brauerei sei doch in erster Linie ein Wirtschaftsgebäude. Es sei auch der Wunsch der Bevölkerung, daß das Gebäude für die Zukunft als Wirtschaftsbetrieb erhalten bleibe. Ein anderes geeignetes Gebäude in Privatbesitz sei nicht gefunden worden, und so habe man das Augenmerk auf das Rektoratsgebäude des Realprogymnasiums gerichtet. Es sei dabei zu bedenken gewesen, ob die Stadt das Gebäude entbehren könne, und ob sie nicht lieber die schlechteren Gebäude abstoßen wolle, um das bessere zu behalten. Auch sei zu beachten gewesen, daß dort eine große Wohnung sich befinde, und wenn man wisse, daß der Stadtvor-

stand noch wohnungsmäßig... hätte das werbe... Die Sta... den Bau... Zentralk... sichtigung... Winter... Schullö... sich die... sei un... Ueber... ten Ge... Calw... spruch... utensile... Rektor... Stadth... schäft... Der V... tigen S... aus h... Bedürf... bringu... körpers... Bezirks... amtspa... sodaß m... wo. br... erforder... mit Sch... gegenü... Die St... fondern... boten, ... außere... handlu... auf bei... Wünsch... mit gle... sucht w... es nicht... einer g... meinder... in sach... der Gen... harung... des 1. 1... Zuschuß... Rektor... wird so... Neuba... wird au... weise u... dem Dr... darauf... mit dem... gegen e... einer ö... neten P... der Lan... inventa... gewähr... 1. Septe... tionen... tere Be... werden... dem M... angepa... Dreißig... Schüler... nigung... schlechte... unter... zugelas... Sit und... Ausfüh... gleicher... Er glau... ebenso... In d... sache d... Stadth... tung in... trag be... meinder... lehnung... erfolgt... diese S... Schulbe... dem Be... kommen... auch der... dings zu... man die... einmal... des Be... nen Sü... heiß M... 1. Bau... was jek... bezüglich

geigen und zu Druck verboten.

ntag. or, doch bleibt noch unbestimmt vorwiegend zu vereinzelten

bet das Kurzt. Für die Sängerknaben Jahre durch Freude. Und erwehrtapelle. Es steht also in vollem Bei Regen zum „Röfle“

Der seit etwa von hier wurde kurz vor seiner dieser Höhe

staltung in Karlsruhe gestohlen. n Dieben aus der Diebe Juni wurde Landwirt Zehmer eine Kuh im Landjäger Eglofs eingegeben, ehe sie weiter unbekannt

stand am Mittel Calw statt. Frage der Calw zum Bau Der Vorsitzende vorbereitenden ernen der Stadt acht kam unter den Bezirks an Bericht des 1 Jahre von 2 aus dem Be

ie bekannt, bebauten in der Schulen, die gesundheitlichen im Eisen worden. Auch wissenschaftlichen in Mathematik erklärte sodann ch dem Projekt werden, und 1, mit 6 Schulzimmern, einer alischen Unter

als Bauherrin einen Beitrag die Einrichtung. Ebenso solle als, Zufahrt, ebenfalls Angeollten aus dem werden. Weiter die Schüler des slich des Schuler Schule nicht abd Calw. Die sönlichkeit aus

t, daß der Bau n Arbeits- und Unternehmer auch solche aus dende müsse die eitrags müßten die Stadt im abschiedung ge

der Unterhalte Amtskörperschaft an Stelle als der Winters als Dreißiger Gebäude. Es sei für die Zu

anderes geig worden, und so äude des Reals ten gewesen, ob und ob sie nicht um das bessere dort eine große der Stadtvor

stand noch nicht einmal eine seiner Stellung entsprechende Amtswohnung bestimme, so bedeute die Abtretung dieses Gebäudes immerhin ein Opfer. Auch als Referendatum für städtische Lokale hätte das Gebäude vorbehalten werden können, oder für die Gewerbeschule, die für ihre 341 Schüler nur 2 Schulzimmer habe. Die Stadt habe nachgegeben, weil sie sich gesagt habe, daß sie für den Bauzuschuß ein Äquivalent bieten müsse. Der Vertreter der Zentralstelle für die Landwirtschaft habe nach eingehender Besichtigung das Gebäude für die Zwecke der Unterbringung der Winterschule durchaus brauchbar erklärt. Es könnten 2 geräumige Schullokale für 40 und 60 Schüler daraus gemacht werden. Wie sich die Schülerzahl der Winterschule in Zukunft gestalten werde, sei unbestimmt. Es sei die Auffassung vorhanden, daß wenn die Übernahmeh der landw. Winterschule durch die Amtskörperschaften Geseh werde, Nagold den Versuch machen werde, sich von Calw loszulösen, während von Neuenbürg kein allzu großer Zuspruch zu erhoffen sei. Die Stadt habe auch gleichzeitig die Schulnoten für die landw. Winterschule abgetreten. Der Wert des Rektoratsgebäudes sei von Oberamtsbaumeister Kiderer und Stadtbaumeister Herbolzheim auf 90-100 Millionen geschätzt worden. Auch die Schulnoten hätten Millionenwerte. Der Vorsitzende machte auch darauf aufmerksam, welche gewaltigen Summen die Amtskörperschaft für die Erstellung eines Neubaus hätte ausgeben müssen. Als letzter Punkt sei dann noch das Bedürfnis der Amtskörperschaft nach einem Platz für die Unterbringung von Baumaterialien in Betracht genommen. Die Amtskörperschaft sei jetzt Besitzerin von großen Gebäudekomplexen, Bezirkskrankenhaus, Isolierbau, Jugendamtsgebäude, Oberamtsparkeise, wozu jetzt noch die landw. Winterschule komme, sobald man immer von Zeit zu Zeit Material für Reparaturen usw. brauche. Auch für die Straßenbauverwaltung seien Geräte erforderlich. Dazu brauche man einen geeigneten Platz mit Schuppen. Der Bezirksrat habe nun den Platz und Schuppen gegenüber dem Dreißiger Gebäude in der Badgasse gewünscht. Die Stadt habe hier keine große Lust zur Abtretung gezeigt, sondern den Platz auf dem Wege nach der Krugfabrik angeboten, der jedoch dem Bezirksrat als zu weit abgelegen und außerdem zu wenig gesichert erschienen sei. Im Laufe der Verhandlungen habe sich sodann die Auffassung verdichtet, daß es auf beiden Seiten Bildungsfragen seien, die die gegenseitigen Wünsche ausgelöst hätten, und daß deshalb von beiden Seiten mit gleichem Verständnis und gleicher Energie eine Lösung versucht werden solle. Der Bezirksrat habe auch berücksichtigt, daß es nicht unbeträchtliche Werte seien, die die Stadt biete. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Bezirksrats und des Gemeinderats Calw, wobei die Verhandlungen von beiden Seiten in sachlichem Tone geführt worden seien, sei dann vorbehaltlich der Genehmigung durch die Amtsversammlung folgende Vereinbarung getroffen worden. Die Amtskörperschaft leistet zum Bau des 1. Teils (Mittelbau) des neuen Realprogymnasiums einen Zuschuß von 350 Millionen. Die Amtskörperschaft erhält das Rektoratsgebäude des Realprogymnasiums. Das Amtszimmer wird solange der Stadt mietweise überlassen, bis der geplante Neubau bezogen werden kann. Die bisherige Rektoratswohnung wird auf die Dauer von etwa 8 Jahren der Stadt ebenfalls mietweise zur Verfügung gestellt. Die Stadt tritt dem Bauplatz vor dem Dreißiger Anwesen im Umfang von 1 Ar einschließlich dem darauf stehenden Schuppen an die Amtskörperschaft ab, zusammen mit dem dinglichen Zufahrtsrecht zu dem Platz. Sie erhält dagegen ein Rückkaufsrecht für diesen Platz, wenn sie denselben zu einer öffentlichen Anlage machen will, und einen anderen geeigneten Platz einräumen kann. Die Stadt tritt die Schulnoten für die landw. Winterschule ab, nicht einbezogen das Wirtschaftsinventar. Der Zuschuß von 350 Millionen soll in folgender Weise gewährt werden: 100 Millionen sofort, je 50 Millionen am 1. September, 1. Dezember und 1. März. Der Rest mit 100 Millionen 4 Wochen nach dem Einzug in die neue Schule. Durch letztere Bestimmung soll eine Beschleunigung des Baus angestrebt werden. Die späteren Zahlungen sollen in wertbeständiger Weise dem Markkurs entsprechend dem Dollarstand am Zahlungstage angepaßt werden. Die Stadtgemeinde Calw überläßt das Dreißiger Anwesen wie bisher für Zwecke der Winterschule. Die Schüler des Bezirks sollen bezüglich des Schulgelbes und bei Benützung anderer Einrichtungen des Realprogymnasiums nicht schlechter gestellt sein als die Schüler der Stadt. Fremde Bauunternehmer werden bei Vergebung der Bauarbeiten grundsätzlich zugelassen; in der Baukommission haben 2 Vertreter des Bezirks Sitz und Stimme. Der Vorsitzende betonte noch zum Schluß seiner Ausführungen, daß bei den beiderseitigen Wünschen Fragen von gleicher Wichtigkeit für Stadt und Bezirk auf dem Spiele stehen. Er glaube annehmen zu dürfen, daß dem Bezirk die Winterschule ebenso am Herzen liege wie der Stadt die Realschule.

In der sehr angeregten Aussprache kam in der Hauptsache die Auffassung der Vertreter des Bezirks zum Ausdruck. Stadtschultheiß Müllers-Liebenzell begründete seine Haltung im Bezirksrat gegenüber dem zum Beschluß erhobenen Antrag des Mitglieds Dingler damit, daß die ländlichen Gemeinden es nicht verantworten könnten, wenn infolge der Abtretung des Beitrags ein Abbau der höheren Schulen in Calw erfolgt wäre, denn die Kinder des Bezirks gingen doch auch in diese Schule, wenn auch einzelne Gemeinden weniger für den Schulbesuch in Betracht kämen. 27 Prozent der Schüler seien aus dem Bezirk. Die Stadt Calw müsse dieses einzigartige Entgegenkommen jedoch hoch anerkennen. Zu beachten sei bei dem Beschluß auch der gebotene Gegenwert. Der Antrag Dingler sei ihm allerdings zu hoch erschienen, auch wäre es wohl besser gewesen, wenn man die Summe im Hinblick auf den schwankenden Geldwert auf einmal bezahlt hätte. Der Redner bat aber schließlich den Antrag des Bezirksrats anzunehmen, und nicht den Bezirk die verschiedenen Sünden der Stadt Calw entgegen zu lassen. Schultheiß Meyerlein befürchtete, daß der Zuschuß für den 1. Bauteil Folgerungen für die Zukunft nach sich ziehen könne, was jedoch vom Vorsitzenden in Abrede gestellt wurde, da man bezüglich der etwaigen weiteren Bauten keinerlei Verpflichtungen

übernommen habe. Der Redner sprach sich sodann gegen den Beitrag aus, da die Belastung der Gemeinden heute ohnedies sehr stark sei, und man den Oberamtsvorstand eher bitten müsse, den Gemeinden neue Einnahmequellen zu beschaffen. Landtagsabgeordneter Dingler bemerkte, daß er überall bekannt sei, daß er nicht fürs Geldhinauswerfen sei, das habe er auch durch seinen Widerstand gegen das Isolierkrankenhaus, gegen den Beitrag für den Kanalbau gezeigt, und auch nicht Lokalpatriotismus habe ihn zu dem Antrag bestimmt. Wenn zu den Umlagen auch das Einkommen herangezogen werden könnte, wäre geholfen. Das Geseh bezüglich der Winterschulen werde zweifellos angenommen werden. Was aber heute ein Neubau kosten würde, wisse ja jedermann. In anbetracht der Tatsache, daß über 50 Prozent der Schüler der Gewerbeschule aus dem Bezirk stammen, sei es auch gar nicht ausgeschlossen, daß die Gewerbeschule noch auf die Amtskörperschaft übernommen werden müsse. Im übrigen habe er es auch als eine natürliche Pflicht empfunden, daß der Bezirk sich an den Kosten beteilige, wenn er seine Kinder in die hiesige Schule schicke. Die schlechtesten Schüler seien es nicht gewesen, die aus der Landwirtschaft hervorgegangen seien und heute als Beamte in leitenden Stellen seien. Auch sei zu beachten, daß nicht alle Kinder in Zukunft auf dem Lande ernährt werden könnten, und da sei ein guter Schulplatz die beste Vorbereitung für den Beruf. Wenn man die beantragte Summe in Dollars umrechne, ergäbe sich ein sehr kleiner Betrag. Die Stadt müsse bauen, sonst würde die Schule zur Landschule zurückfallen. Wenn auch einzelne Gemeinden kein unmittelbares Interesse an dem Bau hätten, so hätten sie doch Straßen an der Grenze des Bezirks, die auch unterhalten werden müssten durch die Amtskörperschaft. Auf die Anfrage von Schultheiß Maulbetz-Hirsau, ob die Stadt auch verpflichtet sei, nicht nur die Bezirkslandbesitzer, sondern auch die Arbeitslosen im Bezirk zu beschäftigen, teilte der Vorsitzende mit, daß sich das Bezirksarbeitsamt in dieser Richtung eingesetzt habe unter Hinweis auf die Beschäftigung beim Isolierkrankenhaus. Vermeister Mejer habe dazu erklärt, daß die Zuleitung der Arbeitslosen durch das Bezirksarbeitsamt nicht nur unzulässig, sondern auch verfehlt sei. Viele Arbeitslose würden bald in ihrer Arbeitsfähigkeit erschaffen, weil sie der Ansicht seien, daß sie nicht entlassen werden könnten, und dann sei es merkwürdig, daß immer die gleichen Leute arbeitslos seien. Der Vorsitzende fügte dieser Mitteilung zu, daß die Beschäftigung von Arbeitslosen aus dem Bezirk in das Ermessen der Stadtverwaltung gestellt werden müsse. Schultheiß Fischer-Simmohheim gab zu bedenken, daß im Falle der Aufnahme von Darlehen für den Beitrag man im Jahre mit mindestens 150 bis 200 Millionen Mark Zinsen rechnen müsse. Er fragte, ob man nicht zuerst den einen Flügelbau herstellen könne, wie es anfangs vorgesehen war. Der Mittelstand vom Lande, der früher das Schülertontingent für die höheren Schulen gestellt habe, sei jetzt nicht mehr in der Lage, seine Kinder in die Stadt zu schicken. Auch könne er nicht begreifen, warum die Winterschule jetzt schon gebaut werden sollte, da anzunehmen sei, daß die Besucherzahl zurückgehe. Schultheiß Karas-Unterreibenbach wandte sich gegen die Kritiken an dem Verhalten des Gemeinderats von Calw zur Schulhausaufgabe, und erinnerte an die verschiedenen Hemmungen während des Krieges und nach demselben, die eine Zurückhaltung des Kollegiums wohl gerechtfertigt hätten erscheinen lassen. Er wies auf die kulturelle Bedeutung der Schule und ihre zentrale Lage hin, und bemerkte ebenfalls, daß die Gemeinden an der Repetition des Bezirks doch auch Beiträge für ihre Straße erhalten haben, daß man also nicht Einzelinteressen in den Vordergrund rücken dürfe. Entsprechend dem heutigen Dollarstand betrage die ganze Summe noch nicht einmal 20 000 Mark, und es sei doch für Kulturaufgaben. Man müsse sich auch der Verantwortung für die Folgen der Ablehnung bewußt sein. Schultheiß Braun-Dedenpfronn bekannte sich als Gegner des Beitrags von Anfang an, da die ländlichen Gemeinden ein kleines Interesse an dem Schulhausbau hätten. Im Hinblick auf die Notwendigkeit der Erwerbung eines Gebäudes für die landwirtschaftliche Winterschule beantragte er jedoch einen Beitrag zu gewähren, jedoch den Zuschuß um 100 Millionen herabzusetzen. Auch Schultheiß Braun-Althengstett befürchtete die schwere Belastung der Amtskörperschaft durch die Verzinsung der notwendig werdenden Anleihen in Höhe von 35-40 Prozent. Er gab zur Erwägung, ob man nicht die bald bestehenden Gemeinden zwecks Ablösung ihres Anteils auffordern wolle, das Geld aufzubringen und es der Amtskörperschaft zu mäßigem Zinsfuß zu überlassen. Auch Schultheiß Schmidt-Gehingen hatte Bedenken wegen der Verzinsung, und Schultheiß Rausers-Stammheim wünschte aus diesem Grunde ebenfalls eine Überlegung, ob die Summe nicht auf einmal bezahlt werden solle. Oberamtspfleger Fehrer erklärte, daß die ganze Summe nicht auf einmal aufgebracht werden könne, und daß man besser weglomme, wenn zunächst nur 100 Millionen angepaßt würden. Stadtschultheiß Müller-Neubulach wies auf die große Gefahr des Abbaus der Calwer Schule hin, denn in Nagold seien starke Kräfte tätig, die eine Vollanstalt für das Seminar wünschten, und die auch bei der Regierung mächtig sich ins Zeug legten. Durch Unterstützung der Straßenbauten der Bezirkeorte könne ein Ausgleich geschaffen werden. Schultheiß Walz-Altburg trat ebenfalls für Ermäßigung des Beitrags auf 250 Millionen ein. Der Vorsitzende bemerkte, daß wenn der Betrag soweit ermäßigt werde, Calw kein großes Interesse mehr daran habe, denn dann würde ein Zuschuß kaum mehr in der Summe enthalten sein. Stadtschultheiß Göhner-Caw hat die Versammlung, zu erwägen, daß Calw nicht bloß ein Geschenk durch diese Vereinbarung erhalte, sondern daß darin auch ein Handelsgeschäft enthalten sei. Das Geschäft aber sei für die Amtskörperschaft nicht ungünstig. Bezüglich der Vorwürfe, daß Calw nicht früher gebaut habe, wies er auf zwei Erlasse des Ministerrats hin mit Bezug auf den Schulhausneubau. Nach dem Krieg habe die Stadt die Frage sofort in Angriff genommen, und sich dieserhalb an die Regierung gewandt, worauf man im April 1919 die Antwort erhalten habe, daß man nicht bauen

solle, wenn der Bau nicht unaufschiebbar sei oder ein Notstand vorliege. Das nötige Eisen sei nicht vorhanden. Im Frühjahr vorigen Jahres, als die Neubaupläne wieder in Vordergrund getreten seien, und die Erklärung des Staatspräsidenten über den Abbau der Lehrerbildungsanstalten die Frage der Verwendung des Nagolder Seminars als höhere Schule akut werden ließ, habe die Stadt in dieser Richtung Schritte unternommen, aber lediglich die Antwort erhalten, die Stadtverwaltung solle die Frage des Baus einer neuen Schule nicht von der des Abbaus der Lehrerbildungsanstalten und ihrer Verwendung abhängig machen. Bei Beurteilung der Höhe des Beitrags müsse auch beachtet werden, daß an dem Beitrag von 350 Millionen, an dem Haus- und Bauplatzerwerb die Stadt ebenfalls ein Drittel bezahlen müsse. Die Stadt Calw habe bisher auf dem Gebiete des Schulwesens sehr viel getan. Wenn gesagt worden sei, daß die Kinder des Bezirks ja ihr Schulgeld bezahlt hätten, so sei zu entgegnehmen, daß bekanntlich mit der Bezahlung des Schulgelbes die schweren Lasten für die Schulen nicht gedeckt werden könnten. Der Bezirk sollte auch dankbar sein, daß Calw ohne irgend welche Bedingungen seine Schulen für alle Schüler geöffnet hatte. Während das Realprogymnasium ein Drittel der Schüler aus dem Bezirk habe, seien in der Gewerbeschule 172 aus dem Bezirk und 169 aus der Stadt, und die Frauenarbeitschule werde aus dem Tal wie vom Wald und Gän besucht. Gerade die starke Zunahme der Schüler aus dem Bezirk sei ein Hauptgrund für die Notwendigkeit des Neubaus gewesen. Es sei deshalb eine Ehrenpflicht des Bezirks, sich an der Baufrage zu beteiligen. Nachdem noch Schultheiß Braun-Liebenberg davor gewarnt hatte, sich auf den egoistischen Standpunkt zu stellen, und ein Hand in Handgehen empfohlen, Schultheiß Maulbetz-Hirsau die Herabsetzung des Beitrags auf 300 Millionen zur Erwägung gegeben, und sofortige Ausführung der Summe durch die bald bestehenden Gemeinden gewünscht hatte, wurde zur Abstimmung geschritten. Der oben gekennzeichnete Antrag des Bezirksrats wurde mit 22 gegen 8 Stimmen angenommen, wodurch die Anträge auf Ermäßigung des Beitrags erledigt waren. Gegen den Antrag des Bezirksrats hatten gestimmt die Vertreter von Nischalden, Dedenpfronn, Gehingen, Holzbronn, Martinsmoos, Ostelsheim, Schmied und Unterhaugstett. Ueber die Dekationsfrage soll der Bezirksrat bis zur nächsten Amtsversammlung Anträge vorbereiten. Der Vorsitzende und Stadtschultheiß Göhner dankten den Mitgliedern für das Ergebnis der Abstimmung.

Ueber die weiteren Punkte der Tagesordnung werden wir morgen berichten.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 79 448 Mark, der Schweizer Franken auf 14 335 Mark.

Märkte.

(SW.) Weidertadt, 7. Juni. Auf dem Schweinemarkt kosteten Milchschweine 1. Sorte 350 000-355 000 Mk., 2. Sorte 325 000-350 000 Mk., je das Stück. Trotz der hohen Preisforderungen war in kurzer Zeit der ganze Markt geräumt.

(SW.) Stuttgart, 7. Juni. Dem Donnerstagsmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 35 Ochsen, 35 Bullen, 140 Jungbullen, 135 Junggrinder, 126 Kühe, 399 Kälber, 894 Schweine, 73 Schafe, 3 Ziegen. Verkauft wurde alles. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Qual. 5300-5600 (letzte Markt: 5000-5300), 2. Qual. 4100-4900 (3900 bis 4700); Bullen 1. Qual. 4500-4900 (4400-4700), 2. Qual. 3900 bis 4400 (3600-4200); Junggrinder 1. Qual. 5400-5700 (5100 bis 5400), 2. Qual. 4700-5200 (4600-4900), 3. Qual. 3900 bis 4400 (3700-4300); Kühe 1. Qual. 4200-4900 (4200-4500), 2. Qual. 3200-3800 (3100-3800), 3. Qual. 2200-2800 (2200 bis 2800); Kälber 1. Qual. 5500-5700 (5400-5600), 2. Qual. 5000 bis 5400 (5000-5200), 3. Qual. 4600-4900 (4700-4900); Schweine 1. Qual. 6500-6700 (6400-6500), 2. Qual. 6100 bis 6300 (6000-6200), 3. Qual. 5400-6000 (5400-5800) Mk. Verkauf des Marktes: belebt.

(SW.) Kirchheim u. L., 7. Juni. Dem Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt: 18 Farren, Preis 4-7,5 Mill. Mark. Ochsen und Stiere, Preis 7,5-8 Mill. Mk., 45 Kühe, Preis 5-7,6 Mill. Mk., 166 Stück Jungvieh, Preis 3-7,7 Mill. Mark, 2 Kälber, Preis 1-1,5 Mill. Mk. Wegen Preisüberforderung mußte eingeschränkt werden. - Der Schweinemarkt war besahren mit 463 Milchschweinen, Preis 320 000-480 000 Mk., 28 Käufer Schweinen, Preis 600 000-900 000 Mk., je das Stück.

Die weltlichen Kleinhandelspreise dürfen sich ebenfalls nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Betracht kommen. D. Schriftl.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst am 2. Sonntag n. Dr., 10. Juni 1923. Vom Turm: 287. 8 Uhr Frühpredigt, Stadtpfarrer Lang; ¼10 Uhr Hauptpredigt, Dekan Jeller, Eingangslied Nr. 303 Kehre wieder; ¼1 Uhr Sonntagsschule; 1 Uhr Christenlehre, (Töchter alt. Abt.). Donnerstag, 14. Juni, 8 Uhr, Bibelstunde.

Katholischer Gottesdienste.

Sonntag, den 10. Juni, 8 Uhr Frühmesse, ¼10 Uhr Predigt, Amt und Christenlehre, 2 Uhr Andacht, Werktags heilige Messe ¼8 Uhr.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 10. Juni, vorm. ¼10 Uhr Predigt, Pföher; 11 Uhr Sonntagsschule; abends 8 Uhr Predigt, Pföher. Mittwoch, 8 ¼ Uhr Bibelstunde, Strobel. Stammheim: vorm. ¼10 Uhr Predigt, Strobel; Nachm. ¼2 Uhr. Zeugnisgottesdienst; Mittwoch, 8 ¼ Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Gellmann, Calw. Druck und Verlag des H. Volksgläubigen Buchdruckers, Calw.

Urteil.

In der Strafsache gegen den am 28. Dezember 1894 in Fehlingen geborenen, in Brödingen wohnhaften verheirateten Wehger

Balentin Braun

wegen Schleichhandels, hat das Württ. Schöffengericht in Calw in der Sitzung vom 30. Mai 1923, an welcher teilgenommen haben:

Amtsrichter Dr. Otto, als Vorsitzender,
Bruno May, Schriftführer in Calw,
Jakob Kalmbach, Bauer und Gemeindepfleger in Oberkollwangen, als Schöffen.
Amtsanwalt Ger.-Aff. Pfizenmaier, als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Not.-Prakt. Schlöterbeck, als Gerichtsschreiber,
für Recht erkannt: Der Angeklagte Braun wird wegen eines Vergehens des Schleichhandels

zu der Gefängnisstrafe von sieben Tagen und weiteren 200 000 Mark Geldstrafe, im Aneinanderreihungsfall zu 20 Tagen Gefängnis sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Bezüglich des Angeklagten Braun ist das Urteil durch Einrückung im Calwer Tagblatt und im Pforzheimer Generalanzeiger auf seine Kosten öffentlich bekannt zu machen. (gez.) Dr. Otto.

Vorstehende Abschrift wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt. Calw, den 7. Juni 1923.

Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Calw:
Schlöterbeck.

Im Handelsregister wurde heute die Firma Marmorwerke Hirsau Emil Majer in Hirsau gelöscht, dagegen neu eingetragen die Firma Marmorwerk Hirsau, Majer und Proß in Hirsau, Offene Handelsgesellschaft seit 1. Jan. 1923. Geschäftsführer: Emil Majer, Kaufmann und Gustav Gottlob Proß, Kaufmann, beide in Hirsau. Den 7. Juni 1923. **Amtsgericht.**

Christentum und Anthroposophie

Antwort auf den Vortrag des Hrn. Stadtpf. Schaal aus Maulbronn. Vortrag von Hrn. Dr. Hahn im Weiß'schen Saal Samstag, 9. Juni abds. 8 Uhr Eintritt 100 Mark. **Freie Diskussion.**

Meine **Verlobung** mit Frida Raich habe ich gelöst. **Karl Günther.**

Nordhäuser Lerche der **Kautabak** des Feinschnockers aus der Fabrik **F. C. Lerche, Nordhausen** empfehlen **Ott & Rack, Tabakwaren.**

Einem bereits noch neuen **Herren-Anzug** für größere Figur zu verkaufen Näheres Lederstr. 169 III.

Trikotreste in verschiedenen Farben auch fertige Waren gut u. preiswert **E. Binder, Zwinger 295.**

Schäferhund mit kurzem Schwanz hat sich verlaufen. Eigentümer zu erfragen bei der Geschäftsst. ds. Bl.

Frisch eingetroffen: **Braunschweiger-Hausmacher-Leberwurst, Mainzer Preßkopf, Jagdwurst, Bayr. Bierwurst, Blockwurst, Kochsalami, Salami, Blutwurst, Cervelat, Mettwurst, Teewurst**, und empfiehlt zu billigsten Preisen **Fr. Freudenberger, Lebensmittelgeschäft Bahnhofstraße.**

Ein gut erhaltenes **Fahrrad gegen Lebensmittel umzutauschen.** Näheres zu erfragen auf der Geschäftsstelle ds. Bl.

Sofort zu verkaufen: Hofgütle in der Nähe von Calw, mit ca. 10-11 Morgen bestes Land, gute Gebäude. **Inventar:** 1 Pferd, 2 Kühe, reichlich totes Inventar. **Preis ca. 70 Millionen.** Nur ernstliche zahlungsfähige Käufer wenden sich an **J. Proß, Immobilienbüro, Bad Teinach, Fernsprecher 18.** Rückporto erbeten. Evtl. Besuch erwünscht.

Swirio!

Wir sind noch da, hört man ja von Fern und Nah, Was? die Firma Grübele & Schlösser die bezahlt schon wieder besser, deshalb muß aus jedem Haus jetzt die alte Ware raus! Keiner darf die Zeit verweilen, sondern muß jetzt tapfer eilen! Alles lauft und springt herbei bringen Sachen allerlei!

Wir sind noch da bis Samstag abend 6 Uhr im Gasthof zum Rößle und zahlen wie bekannt **staunend hohe Preise!**

für gemischte Hauslumpen	600 Mk.	für Kupfer	8000 Mk.
„ Reutuchabfälle 1300 „	„	„ Messing	5000 „
„ Wollgestricktes 1600 „	„	„ Alteisen	2-400 „
„ Knochen 100 „	„	Geschirrzinn	
„ Altpapiere, Zeitungen, Zeitschriften, Utten	1-300 Mk.	je nach Gehalt und Liebhaberpreise.	
		Alles pro Kilo.	

Auch kaufen wir alle gangbaren Flaschen zu den höchsten Tagespreisen.

Außerdem: **Ofen- und Maschinenguß**, ganze Fabrikanlagen, Brauereierrichtungen gegen sofortige Kasse. Händlern sowie bei größerem Quantum Sonderpreise. Hochachtend

Grübele & Schlösser Stuttgart—Ludwigsburg
Fernsprecher 4990, Hauptgeschäft Stuttgart, Rosenstr. Nr. 17a. NB. Jedes Kind erhält ein Geschenk extra. Jedermann zufrieden, streng reell.

Weizenmehl 0 Brotmehle empfiehlt **Otto Jung.**

Hiesiger Geschäftsmann sucht eine **Werkstatt** zu mieten evtl. mit Laden oder Wohnung. Gefl. Angebote unter H. C. 131 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

1 Gluckhenne mit 10 Jungen verkauft **Paul Salmon, Neuhengstett.**

Monhardt, Station Ebhausen. Einen schönen 17 Monate alten **Zuchtfarren**

(Gelschlecht) sowie einen gut erhaltenen **Heurechen** verkauft **Martin Hauser.**

Lebensmittel kaufen Sie billig und gut bei Frig Freudenberger Bahnhofstraße.

Jüngeres, tüchtiges Bürofräulein perfekt in Maschinenschreiben u. Stenographie für sofort oder später gesucht. Angebote an **Christian Kurz, Technisches Büro, Calw.**

AMERICAN LINE Regelmäßiger Passagier-Dienst **Hamburg-New-York** auf modernst eingerichteten Dampfern. **Wöchentliche Abfahrten.** Nähere Auskunft und Platzbelegung durch Vertretung **In Calw: R. Otto Vincon, Kaufmann, Fernsprecher 171.**

Statt Karten. Als Verlobte grüßen **Paula Seltmann** **Theodor Schroeter** Berlin New-York.

Veteranen- und Militär-Berein. Morg. Samstag abend 8 Uhr beginnend findet im „Badischen Hof“ ein **Familien-Abend** statt, wozu die werthen Kameraden nebst Angehörigen freundlichst eingeladen sind. **Der Ausschuß.**

Bad Liebenzell. Kur-Konzert Sonntag, den 10. Juni 1923 nachmittags 4 Uhr in den Städt. Kuranlagen (bei ungünstiger Witterung im Kursaal). **Städt. Kurverwaltung.**

Der Radfahrerverein „Frisch Auf“ Oberreichenbach hält am Sonntag, den 10. Juni 1923 seine **Bannerweihe** verbunden mit Rennen, mittags Blumenkorso. **Festzug 1/2 2 Uhr.** Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein der Festausschuß. **Volksbelustigung am Platz.**

Lehrstelle Auf 1. Juli suche ich für mein Agentur- und Ladengeschäft ein anstelliges Mädchen mit erträglicher Handschrift, welches Maschinenschreiben, Buchhaltung und Correspondenz erlernen will. **Carl Reichert, Agentengeschäft Mittl. Brücke**

Jüngeres Zweimädchen gesucht bei zeitgemäßem Lohn. Hauskleidung wird gestellt. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ordentliches Dienstmädchen mit guten Zeugnissen nach Frankfurt a. M. gesucht. Vorzustellen im **Hotel „Ader“, Bad Liebenzell.**

Zuverlässiger Langholz-Fuhrmann kann sofort eintreten bei **Harter, Enzhoj-Wildbad.**

Die vorzüglichen Halberstädter Würstchen erhalten Sie offen und in Büchsen bei **Frig Freudenberger, Bahnhofstraße.**

2 Sofas darunter 1 gebrauchtes. **Frig Hennefarth, Tapezier- u. Polstergesch., Schulgasse 5 b. Rathaus.**

Birka 120 Liter sauren Most zu Mostfestig geeignet hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Einige Meter Brennholz hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kinderbettlädchen zu kaufen gesucht. Ang. u. E. 128 an die Gesch.-St. d. Bl.